



BÜNDNIS GEGEN RECHTS
ASCHAFFENBURG-MILTENBERG

www.bgr-ab-mil.de

„Wut-Stadt“

Aschaffenburg

Bündnis gegen Rechts

Nationalismus - keine Alternative!

Wie AfD und ihre Zuträger-Organisationen berechtigten Protest instrumentalisieren



Bauern und Bäuerinnen zeigten am 25.6. Flaggen der Landvolkbewegung, die schon Ende der 1920er Jahre den Faschisten den Weg freibombte. - Buchtitel (Ausschnitt) Hans Fallada: Bauern, Bonzen und Bomben. Hamburg 1931.

Am 29. Mai und am 25. Juni haben wir wieder große Aufzüge so genannter Wutbürger in Aschaffenburg erlebt. Sie zogen unter dem Segel des legitimen Protestes gegen Sozial-, Wirtschafts- und Kriegspolitik durch die Stadt.

In Print- und Online-Medien wie z. B. Spiegel-TV und FAZ wurde bundesweit darüber berichtet. Die FAZ titelte am 5.7.2023: „**Wut-Stadt Aschaffenburg**“ und bestätigte am Folgetag in ihrem Bericht Recherche-Ergebnisse, die auch das BgR auf seinen Info-Blättern und in Blogeinträgen im Laufe der letzten Jahre veröffentlicht hat (s. bgr-ab-mil.de). Auch das Main-Echo stützt sich inzwischen darauf (ME 17.07.2023).

Dennoch tönt es aus verschiedenen Ecken der Bevölkerung in Stadt und Umland, Rechtsextreme oder gar Faschisten wären nicht zu sehen gewesen. Genau das hatten wir aber noch einmal auf unserem Flugblatt zum 25. Juni eindeutig und faktenreich widerlegt.

Was setzt die AfD der herrschenden Politik entgegen? Was ist ihre Alternative?

- Abgesehen davon, dass die AfD **den rassistischen Ausbau der Festung Europa** fordert;
- abgesehen davon, dass die „Friedenspartei“ AfD in den Jahren ihres Bestehens immer **für die Aufrüstung** der Bundeswehr gestimmt hat, sich zur NATO bekennt und für Auslandseinsätze „zum Schutz deutscher Sicherheitsinteressen“ eintritt;
- abgesehen davon, dass die AfD **„vor allem die ideologische Schlägertruppe der Reichen ist (Abschaffung der Gewerbesteuer, Abschaffung Erbschaftssteuer und gegen Steuererhöhung)“** (ZDF Die Anstalt, 18.07.2023);

... abgesehen von diesen und noch etlichen anderen Punkten, für die hier im Einzelnen der Raum fehlt, bekennt sich die AfD natürlich zur privatkapitalistischen so genannten „sozialen Marktwirtschaft“ – wie die anderen bürgerlichen Parteien auch. Nur: Ihre Leitvorstellungen laufen auf die **nationale Volksgemeinschaft** hinaus.

Das ist ihre „System-Alternative“!

Was bedeutet „Volksgemeinschaft“?

Volksgemeinschaft heißt: Gemeinschaft über Klassengegensätze hinweg, Gemeinschaft von Kapitaleigner und Lohnabhängigen, Gemeinschaft von Besitzenden und Besitzlosen, Gemeinschaft der Eliten mit den „kleinen Leuten“. Wie kann es da eine Politik ausgesprochen für die „kleinen Leute“, den unteren Mittelstand, die Arbeitenden, die Erwerbslosen, die RentnerInnen geben, wie von der AfD immer behauptet? Die Wirkung einer „Volksgemeinschaft“ hat uns die Geschichte grausam bewiesen. Fazit: **Die AfD kann überhaupt keine Alternative zum kapitalistischen Krisensystem bieten.**

Was die AfD in erster Linie bietet, ...

... sind Parolen wie „Deutschland zuerst“ und rassistische Sündenbock-Hetze gegen Migrant:innen, d. h. soziale **Spaltung der „kleinen Leute“** entlang nationaler und rassistischer Grenzziehungen.

Die Protest-Aktionen wie die der „Bürgerinitiative Franken“, in der sich „...steht-auf“ und „...sagt-nein“-Zusammenrottungen - ja sogar die NPD unter ihrem neuen Namen „Heimat!“ - vereint haben, surfen auf wie auch immer berechtigten Empörungswellen daher und **treiben faktisch der AfD** in den derzeitigen Wahlkämpfen **Stimmen zu**. Wir wissen aus Soziologie und Geschichtsforschung: Faschismus ist eine Ideologie und Bewegung aus der bürgerlichen Mitte. Die AfD kommt nicht nur „im bürgerlichen Gewand daher“, wie ihr Vertreter:innen bürgerlicher Parteien vorwerfen. Die AfD **ist** eine bürgerliche Partei, Fleisch vom Fleische der Unionsparteien. Sie buhlt einerseits um ihre Gunst, stellt andererseits eine parlamentarische Konkurrenz zu den anderen Parteien dar. Im Unterschied zu anderen Parteien **protegiert** sie **offen auftretende Faschisten** in ihren Reihen. Sie lässt sich von dem neurechten „Institut für Staatspolitik“ des bekennend nationalistischen Ehepaars Kubitschek beraten und legt – wenn überhaupt – nur völkisch-nationale „Vorschläge“ vor. Die aktuellen Krisen sind aber nicht im nationalen Rahmen zu lösen. Auf unserem Flugblatt zum 1. Mai zitierten wir eine Aktivistin von „Aschaffenburg-steht-auf“ aus deren dunklen Kanälen: „**Wir sind keine Nazis, wir sind Nationalisten**“ – was gibt es also hier noch abzustreiten? Die Gunst unzufriedener Wähler:innen vor dem Hintergrund des Ver- und Zerfalls einer insgesamt schwachen und zerstrittenen Linken verschafft der AfD zur Zeit einen Umfrageaufschwung, der die „etablierten“ Parteien schon jetzt dazu zwingt, ihre verbal hochgezogenen „Brandmauern“ einzureißen und in Koalitionen nach rechts zu rücken.

Rechtsruck!

Deutschland schließt sich dem weitgehenden Rechtsruck in Europa an. Die Politik der „etablierten“ Parteien erzeugt Empörungswellen, die die AfD nutzt. Sich dem nur formaljuristisch mit Veranstaltungsbehinderungen und Verboten entgegenzustellen, wird nicht genügen. Schleichender **Demokratieabbau und Repression** wenden sich erfahrungsgemäß letztlich gegen fortschrittliche Kräfte.

Öffnen wir dumpf-blinder Bürger-Wut die Augen! Auf zum **politischen Kampf!**

- **Gegen die völkisch-nationalistischen AfD-Wahlkampf-Aufzüge!**
- **Keine Stimme für die AfD!**
- **Schluss mit dem Treiben ihrer faschistoiden Wahlhelferkameraden wie Schüssler, Nahrath, Jagsch, Hetzel, Bühler & Co!**
- **Gegen jede Form von Nationalismus, Rassismus und Faschismus – wann und wo auch immer!**